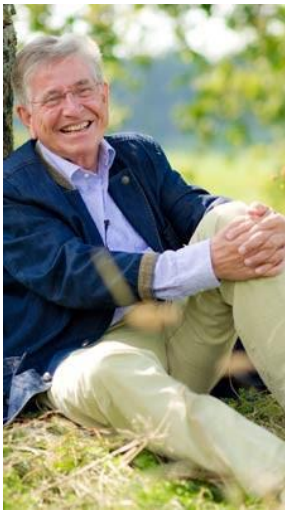


SENetz im August 2020

Mitgliederschnellbrief der Senioren-Union der CSU



Verehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen, Freunde und Mitglieder in unserer SEN in der CSU,



am vergangenen Freitag habe ich Ihnen für den Landesvorstand unseren „Offenen Brief“ an Staatsministerin Kerstin Schreyer übermittelt, um Sie und die Presse nicht nur zu informieren, sondern auch um Sie zu motivieren, sich in dieser wichtigen Frage zu Wort zu melden – im kleinen oder im großen Kreis, zu Hause, vor Ort oder ebenfalls in der Presse. Der Vorstoß ist gelungen. Die Zeitungen haben ungewohnt positiv und intensiv berichtet. Zahlreiche – meist positive – Antworten auf unser „SENetz“ zeigen, dass wir den Nerv der oft verunsicherten und hilflosen Fußgänger (nicht nur der „alten“) treffen konnten. Um eine längst überfällige Debatte anzustoßen, die nicht als solche verkümmern darf, sondern nach Dynamik verlangt, die zu notwendigen Konsequenzen führt, muss mehr geschehen.

Anders Denkende sollen nicht an den Pranger gestellt, sondern durch Sachargumente überzeugt werden. Als Beispiel darf ich Ihnen hier meinen aktuellen Schriftwechsel mit dem Radler L. aus Freising zur Kenntnis bringen. So wie da müssen wir uns der Diskussion stellen. Ohne die Debatte fehlen Wortgefechte, die Einsichten verbreiten helfen. Wenn uns da die richtige Aktion gelingt, steht womöglich am Ende der sachliche Erfolg, dessentwegen der Landesvorstand aktiv geworden ist.

Ihr



Dr. Thomas Goppel
SEN-Landesvorsitzender

Dienstag, 25. August 2020 13:30

Sehr geehrter Herr Goppel,

aus den Medien (Stern) habe ich von ihrer Kampagne zur weiteren bevorteilung von Autofahren gelesen. Ehrlich gesagt bin ich nicht sicher ob lachen, weinen oder schreien soll. Kurz gesagt, mit ihren Forderungen blockieren sie eine zukunftsweisende Verkehrswende, stützen den Klimawandel, machen Städte für Menschen ohne Auto noch weniger lebenswert und gefährden Radfahrer noch mehr als ohnehin. Etwas Positives kann ich Ihren Forderungen nicht abgewinnen.

Eine derartige Förderung des Autoverkehrs kann nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht, sondern auch aus Sicht eines Christen, der sie meines Wissens sind, nie sinnvoll sein. Diese Verkehrspolitik gefährdet aktiv die Erde, unsere Heimat, Gottes Schöpfung. Bitte denken sie einmal darüber nach.

Mit freundlichen Grüßen

L.

Dienstag, 25. August 2020 16:13

Sehr geehrter Herr Lutz,

Sie zeichnet eine sichtlich eigenwillige Lesefähigkeit aus: Sie behaupten, dass hier bei uns in der SEN der CSU eine „Kampagne zur weiteren Bevorteilung der Autofahrer“ gestartet worden sei. Weil es einen solchen Vorstoß gar nicht gibt, müssen Sie Ihre Reaktionsüberlegung gar nicht anstellen. Insoweit darf ich Entwarnung signalisieren. Niemand will eine Neuordnung unserer Verkehrsverhältnisse einleiten. Ganz im Gegenteil: Uns/mir in der >SEN geht es ausschließlich darum, eine Verkehrsteilnehmertruppe, die rasenden Radler, daran zu hindern, sich aus der verfügbaren Gleichbehandlung mit Anderen nicht zugestandene Vorrechte abzuleiten. Wenn es dabei bleibt, dass Radler unterwegs sein dürfen, wie sie wollen, während andere – die Autofahrer und vor allem die Fußgänger – ohne Schutz neuen Verkehrsverhältnissen ausgesetzt werden, dann sind die Fußgänger, die Alten und die Behinderten vor allem, bald Freiwild. Sie lesen ja sicher Zeitung, sehen fern und haben registriert, wie oft die Rücksichtslosigkeit auf zwei Reifen inzwischen für zusätzlich Verletzte sorgt. Das war und ist gewiss nicht Sinn und Zweck der Verkehrswende. – Für die anderen Postulate, die >Sie in dem Zusammenhang anführen zu müssen meinen, habe ich sehr wohl Verständnis, wobei ich dabei Wert darauf lege, solche Haltung nicht nur „christlich“ abzusichern. Die Unterstellung einer ideologischen Grundhaltung in der Tagespolitik halte ich für allzu lässig und eine der typischen Verallgemeinerungen der moralgesteuerten Rechtsstaatlichkeit. So einfach

mache ich mir meine >Entscheidungen nicht. Es freut Sie hoffentlich, das registrieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Goppel

SEN-Landesvorsitzender

Dienstag, 25. August 2020 16:50

Sehr geehrter Herr Goppel,

die Formulierung einer Kampagne war spontan bewusst überspitzt. Dennoch nehme ich in der SEN, wie auch in der gesamten Union, verkehrspolitisch eine klare Tendenz zum Auto wahr. Die Forderung, rücksichtslose Radfahrer besser verfolgen zu können, kann ich gut nachvollziehen, jedoch pauschalisieren mir die Aussagen des Artikels deutlich zu sehr die Fahrradfahrer als Negativbeispiel im Verkehr.

Wie sie sich bei meiner emotionalen Reaktion denken können bin ich selbst Radfahrer, besonders gerne fahre ich mit meinem Rennrad auf verkehrsarmen Nebenstraßen und wenn Radwege vorhanden sind nutze ich sie. Einzige Ausnahmen dessen sind extrem volle Radwege -hier würde ich durch meine Trainingsgeschwindigkeit mich selbst und eventuell z.B. Kinder oder langsame Radfahrer, z.B. Senioren, gefährden- oder nicht asphaltierte Radwege -dafür ist mein Rennrad einfach nicht ausgelegt und ich würde es beschädigen.

Nach einer solchen Tour über Nebenstraßen am Sonntag, auf der ich mehrfach durch rücksichtslose Auto- und LKW-Fahrer gefährdet wurde, wahlweise durch sehr enges Überholen von mir oder dem Gegenverkehr oder durch genommene Vorfahrt, erscheinen ihre Forderungen extrem schwer verständlich.

Im Artikel wird auch auf Innenstädte eingegangen. Sie kritisieren, dass Innenstädte „Autofrei gepresst“ würden, kritisieren, dass Radfahrer immer mehr dürfen und Autofahrer immer mehr eingeschränkt würden. Ich könnte mir vorstellen, dass sie hier unter anderem die Mindestabstände beim Überholvorgang meinen. Lassen sie sich von einem Radfahrer bitte sagen, dass das zu unserem Schutz tatsächlich dringend nötig ist.

Was spricht denn explizit dagegen, in Innenstädten deutlich weniger Autos zu haben? Weniger Autos in der Innenstadt verbessern die Luftqualität, erhöhen die Sicherheit und beides zusammen verbessert die Lebensqualität. Sicher werden sie hier argumentativ auf ältere Mitbürger eingehen wollen. Das verstehe ich gut, man muss in jedem Alter mobil sein können und dürfen. Öffentliche Verkehrsmittel in ausreichend hoher Taktung können hier Abhilfe schaffen. Hier in Freising fahren zwei Kleinbuslinien im 10 Minuten Takt tagsüber rund um die Innenstadt. Damit sind alle Teile der Innenstadt gut bis sehr

gut angebunden. An den Rand der selben kommt man wahlweise mit anderem ÖPNV oder auch mit dem Auto auf einen der Parkplätze.

Radwege gibt es dagegen z.B. in Freising relativ wenige. Die meisten sind an Hauptverkehrsadern und dabei schmal und entweder ungeschützt mit auf der Straße, so dass sicheres Überholen durch Autofahrer bei stärkerem Verkehrsaufkommen immer schwerer möglich wird, oder sie sind mit einem Fußweg kombiniert, wodurch der Radweg immer wieder von Fußgängern mitbenutzt wird. Dies führt wieder dazu, dass mehr Radfahrer -auch um sich und die Fußgänger weniger zu gefährden- auf die Straße ausweichen. Von zugeparkten Radwegen will ich an dieser Stelle gar nicht anfangen.

Natürlich muss rücksichtslosen Radfahrern Einhalt geboten werden. Häufig erlebe ich aber, dass Radfahrer erst durch schlechte Erfahrungen rücksichtslos werden, da sie sich im dichten Verkehr behaupten müssen. Dass bei einem Unfall das Auto immer „gewinnt“, dürfte den allermeisten Radlern bewusst sein.

In meiner ersten Mail habe ich noch das Thema Klimaschutz angebracht. Ob man es nun auf die Schöpfung beziehen möchte oder nicht sei dahingestellt, es wäre nochmal ein ganz eigenes Thema das man an dieser Stelle öffnen könnte. Ich hoffe, ihnen mit meinen Punkten einen Einblick in die Situation der Radfahrer gegeben zu haben, der in die zukünftige Verkehrspolitik der SEN-CSU mit einfließen kann. Für meine emotionale Reaktion in der ersten Mail möchte ich mich entschuldigen und würde mich über weitere Rückmeldung freuen.

Mit freundlichen Grüßen

L.

Mittwoch, 26.08.2020, 11:28 Uhr

Sehr geehrter Herr L.,

es war aufschlussreich zu lesen, dass Sie es für richtig halten, an Vorurteilen, die Sie bewegen, festzuhalten, obwohl ich Ihnen genau das Gegenteil aufgeschrieben habe, um Sie davor zu bewahren, uns in der SEN zu unterstellen, dass wir Autofetischisten in unseren Reihen beherbergen. Schon altersbedingt ist das voreilig oder besser: nicht nachvollziehbar. Unabhängig davon danke ich für Ihre differenzierende Zweitäußerung, die uns SeniorInnen dort verortet, wo wir hingehören: zu den Gruppen in der Bevölkerung, die auf die Rücksichtnahme der Kraftprotze in allem angewiesen sind und bleiben. Dazu ist es wichtig zu verinnerlichen: Nicht wir pauschalisieren, sondern der Gesetzgeber, der Rechte verteilt, dabei darauf zählt, dass Freiräume, die zugestanden werden, nicht missbraucht werden. All die in meiner „Aktion“ angesprochenen Fehlhaltungen in der Welt der Pedalritter sind nur nicht ausgeschlossen, weil Radler gegenüber den Autofahrern und vor allem den Fußgängern präferiert worden sind. Das Beispiel Fußgängerzone taugt am besten, um Ihnen zu beschreiben, was stört:

Nichts spricht gegen Radler in Fußgängerzonen, wenn sie sich umsichtig bewegen. Wenn sie aber im Gegensatz zu den jetzt zu anderem Verhalten verpflichteten Autofahrern nicht auf angemessene Abstandshaltung einlassen, dann müssen die „Straßenbüffel“, die ich deshalb so taufe, raus aus ihren Sätteln und schieben – dort! Niemand beschwert sich über den gesitteten „Mitroller“, aber über den rücksichtslosen Gefährder. Und Sie wissen, dass auch da gilt: Die Seriösen leiden unter den „Ausreißern“. Jetzt in dieser Frage so von Ihnen verstanden zu sein, registriere ich gern. – Genau da ist dann der zweite Knebel für die Pistenräuber angesiedelt, der ein Nummernschild für Uneinsichtige alternativlos macht.

Wenn ich Ihre Einreden mit diesen Erklärungen zusammenbringe, werden Sie feststellen, dass wir SeniorInnen nichts anderes reklamieren als die nachhaltige Umsetzung der „10 Gebote der STVO“. Situationsgerechte Pedaltreter sind und bleiben willkommene Partner im Straßenverkehr. Um zusätzliche Nachdenklichkeit Ihrerseits bitte ich für die Behinderten auf der Straße, die übrigens längst nicht alle auch alt sind. Sie haben ein Anrecht darauf, dass die „Voll- und Warmblütler“ unter den Verkehrsteilnehmern ein Grundmaß an Rücksichtnahme einhalten. Das setzt allerdings eine Haltung in der Begegnung mit Anderen voraus, die in unserer Gesellschaft augenblicklich nur dann gilt, wenn Einzelne die Haltung des amerikanischen Präsidenten geißeln: „America first“, das wissen alle zu kritisieren, obwohl sie selbst sich nicht danach verhalten, sondern eher die Trump'schen Zielvorgaben für sich noch einmal übersteigen und in ihrer Fahrweise ein „Radler only“ praktizieren. Dass das die Realität Lügen straft, wissen Sie wie ich.

Auf Ihre Erläuterungen, die die Radler in Schutz nehmen, gehe ich nicht weiter ein, weil sie für die 70 bis 80 Prozent der Teilnehmer am Radverkehr die Lanze brechen, die selbigen zusteht. Wir reden von den Rabauken. Denen gilt es, das Hand- bzw. Fußwerk zu legen. Wenn Sie einen besseren Weg wissen als den der Zusatzregulierung und Verstoßahndung, die wir postulieren, lassen Sie es mich bitte wissen. Dann reden wir gerne Weiter und mit. Im Augenblick belegen mir die Reaktionen aus der Bevölkerung und einzelner Radler, dass ich ein Problem aufgreife, das es tatsächlich gibt. Es ist so groß, dass es der Abhilfe bedarf. Und dafür, dass ich auf der Seite der Schwachen artikuliere, was unverzichtbar geworden ist, rechne ich mit Ihrem Verständnis und situationsgerechtem Diskussionsstil.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dr. Thomas Goppel

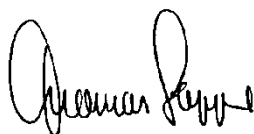
SEN-Landesvorsitzender

Aktueller Zwischenruf am 27. August 2020:

Hugo Müller-Vogg, den man nicht für jeden seiner Kommentare lieben muss, weiß im heute aktuellen darufhin, dass der Kanzlerkandidat der SPD, unser Bundesfinanzminister Scholz, dabei ist, das Geld unserer Kinder und Enkel ohne Absicherung mit auszugeben. Jetzt wird es, wenn wir nicht aufpassen, gefährlich:

Der Bund tut Gutes (Länder übrigens auch!), damit wir die aktuelle Corona-Baisse bestehen. Wer jetzt anfängt noch einmal in schon geplünderte Kassen zu greifen, ohne zu wissen, wie wir in den nächsten Jahren aufgestellt sein werden, ist an Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Geld der nächsten Generationen kaum zu überbieten. Typisch SPD? Wie in alten Zeiten! Höchste Vorichtsstufe angesagt! Lesen Sie das aus den Worten von Müller Vogg.

Ihr



Dr. Thomas Goppel
SEN-Landesvorsitzender

Der Corona-Sozialismus des Olaf Scholz

von Hugo Müller-Vogg

Nach der Ausrufung von Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten lag eine Doppelstrategie der SPD nahe: Der Bundesfinanzminister soll als Garant solider Politik bürgerliche Wähler anziehen, währenddessen die Ko-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans mit dem Versprechen neuer sozialer Wohltaten die Parteilinke bei der Stange halten. Zu dieser Arbeitsteilung ist es jedoch nicht gekommen. Der sozialdemokratische Hoffnungsträger rückt schon im Vorwahlkampf von den Grundsätzen ehrbarer hanseatischer Kaufleute ab und stürzt sich ins Schuldenmachen.

Natürlich war das richtig und wichtig, dass Scholz zu Beginn der Pandemie mit einem Ausgaben-Wumms den Konjunkturreinbruch abzumildern suchte. Inzwischen aber lässt sich der „Herr der Kassen“ nicht mehr vom ökonomischen Kalkül leiten, sondern vom Prinzip der Stimmenmaximierung. Das geht nach dem Motto, „darf’s auch ein bisschen mehr sein?“.

Stimmenfang statt finanzpolitischer Vernunft

Dabei wäre gerade jetzt finanzpolitische Vorsicht angebracht. Die neuesten Wirtschaftsdaten geben allen Anlass zur Sorge: Der Staat hat im ersten Halbjahr rund 52 Milliarden Euro mehr ausgegeben als eingenommen; in den ersten sechs Monaten 2019 gab es noch ein Plus von 47 Milliarden. Dabei ist noch gar nicht eingerechnet, dass durch die zur Krisenbekämpfung vergebenen Darlehen, gewährten Bürgschaften und eingegangenen Beteiligungen an Unternehmen allesamt mit erheblichen Risiken behaftet sind. Viele Unternehmen werden nicht in der Lage sein, dem Staat das Geld zurückzuzahlen.

Als Finanzminister sollte Scholz dies zum Anlass nehmen, die Spendierhosen abzulegen. Der Wahlkämpfer Scholz stellt dagegen schon ungedeckte Schecks für 2021 aus: Auch im Wahljahr will Scholz die Schuldenbremse aussetzen. Mit anderen Worten: Der Bundesfinanzminister will sich bis über die Halskrause verschulden. Das hat es übrigens noch nie gegeben: Obwohl für den Bundeshaushalt 2021 noch keine konkreten Pläne vorliegen, verspricht der oberste Kassenwart schon heute, dass genügend Geld für Wahlgeschenke vorhanden sein wird. Das neue Scholz'sche Haushaltsprinzip: ungebremste Verschuldung zu Lasten unserer Kinder und Enkel. Mit Haushaltsdisziplin hat das nichts mehr zu tun.

Der Staat kann Umsatz und Gewinn nicht auf Dauer ersetzen

Zweifellos befindet sich unsere Wirtschaft in einer schwierigen Lage. Der Staat kann aber beim besten Willen wegbrechende Umsätze und Gewinne nicht einfach ersetzen und alle Arbeitsplätze erhalten. Doch der Staat tut so, als wäre das möglich. Wenn Unternehmen nicht anzeigen müssen, dass sie faktisch pleite sind, erlauben wir Zombie-Firmen weiterhin, Kredite aufzunehmen und staatliche Hilfen zu kassieren. Wenn wir das Kurzarbeitergeld noch viel länger zahlen, schaffen wir eine Art Grundeinkommen für Arbeitnehmer ohne Arbeit und verzögern den unvermeidbaren Abbau von Kapazitäten. Und wenn der Staat sich an noch mehr Unternehmen beteiligt, fördert das nicht die notwendige Umstrukturierung, sondern führt uns eher in den neuen Corona-Sozialismus.

In dieser Lage brauchte das Land einen Finanzminister, der über den Tellerrand des nächsten Wahltermins hinausschaut – und entsprechend handelt. Es hat aber den Anschein, als habe auf dem Sessel des soliden Haushälters der geldausgebende Wahlkämpfer Scholz Platz genommen. Ob das die SPD hilft, steht in den Sternen. Für unsere Volkswirtschaft ist es jedoch höchst gefährlich.

Veröffentlicht auf www.focus.de am 26. August 2020.